

Deutsche Post

Erscheint wöchentlich einmal, Sonntags

Zu beziehen durch die Austräger und Straßenverkäufer. — Bei Postbezug nach auswärts einschließlich Zustellungsgebühr vierteljährlich 1,35 Mk. — Bezugspreis in Lodz für Mitglieder des Deutschen Vereins und der ihm korporativlich angeschlossenen Vereine 90 Pfennige für das Vierteljahr.

Blatt des
Deutschen Vereins, Hauptsitz in Lodz
und der Deutschen Selbsthilfe.

Schriftleitung: Evangelische Straße 5.

Sprechstunden: vormittags von 11—12 Uhr.
Zeitungsausbesteller: Petrikauer Straße Nr. 85.
Anzeigen-Aannahme: Evangelische Straße Nr. 5.
Anzeigenpreis: 30 Pfennige die sechsgepaltene Kleinzeile.

Nr. 46

Sonntag, den 18. November 1917

3. Jahrgang

Die deutsche Schule im Lodzer Stadtparlament.

Wir berichteten fortlaufend über die Aussprache der Lodzer Stadtverordneten anlässlich der Beratung des Etats der Schuldeputation, die manche einseitige Ansichten eines Teils der Stadtverordneten zu Tage förderten. Am 13. November kam als Vertreter der deutschen Fraktion Stadtverordneter Pastor Gerhardt zu Worte.

Nachdem vorher die Stadtverordneten Herz, Stypulkowski und Szymbilo noch einmal die Frage des jüdischen Schulwesens recht ausgiebig erörtert hatten und der Bestgenannte sich wegen seiner antisemitischen Ausfälle einen Ordnungsruf zugezogen hatte, führte Pastor Gerhardt aus:

Meine Herren Stadtverordneten! Wenn ich bei der Besprechung des Schuletats im Namen der deutschen Fraktion das Wort ergreife, so werde ich nicht zu beweisen suchen, von welcher hoher Bedeutung die Volksaufklärung ist und welcher Mangel an Bildung bei uns herrscht. Ich werde nicht von den Unterrichtsmethoden und den Schulformen reden, die den Bedürfnissen unserer Stadt entsprechen, und werde auch nicht mit den Stadtverordneten polemisieren, die im Namen demokratischer Grundsätze die sprachlichen und religiösen Minderheiten bekämpfen und ich werde mich nicht darüber verbreiten, ob es für die Entwicklung des neuentstandenen polnischen Staates dienlich ist, gleich von Anfang an den Rassen- und Religionskampf aufzunehmen. Ich ergreife das Wort, um vor allem auf einige Ungenauigkeiten hinzuweisen, die in den Reden des St. A. Krajski vom 29. Oktober und 12. November enthalten sind.

Der St. A. Krajski führte, als er von der neuen „zeitweiligen“ Schulordnung sprach, diejenigen Paragraphen an, die sich auf die Rechte der Minderheiten beziehen. Er sagte, daß diese Schulordnung der polnischen Behörde aufgezwungen worden sei, und fügte hinzu, „Die Inskulptur der Minderheiten, namentlich der Deutschen, durch die Okkupationsbehörde erscheint verwunderlich“. Aus diesen Worten des St. A. Krajski haben die Herren Stadtverordneten den Schluß ziehen müssen, daß die deutsche Minderheit bevorzugt worden sei, daß hier der Okkupant, „als finstere Macht“, wie sich einer der Herren Stadtverordneten ausdrückte, „Streit süe und dem neuentstandenen polnischen Staate Schwierigkeiten in den Weg lege, ferner, daß die deutschen Stadtverordneten mit dieser finsternen Macht sympathisieren.“

Meine Herren! Die Sache verhält sich ganz anders, als sie einige Stadtverordnete und Herr Krajski darstellen. Einige Stadtverordnete sehen Gespenster und führen einen Kampf gegen Windmühlen.

Die Schulordnung, die die Bedürfnisse der Minderheiten berücksichtigt, kann nicht aufgezwungen worden sein, denn sie enthält absolut nichts Neues oder Außerordentliches; sie gewährt nur das, was die deutsche Bevölkerung in Polen schon seit über 100 Jahren besaß und was ihr längst durch Gesetz garantiert worden ist. Zum Beweise meiner Worte zitiere ich Abschnitt 11. des Bandes der Gesetzesammlung des russischen Reiches, Kapitel III, der von den Elementarschulen im Königreich Polen handelt. § 3670 lautet wie folgt:

Den Einwohnern von Stadt- und Dorfgemeinden, die sich von der allgemeinen Bevölkerung durch ihre Sprache unterscheiden (wie: Russen, Deutsche, Litauer usw.) oder durch ihre Religion (wie: Griechisch-Orthodoxe, Protestanten, Juden usw.) bleibt es überlassen, besondere Schulen auf allgemeiner Grundlage zu gründen, wobei diese Einwohner, falls sie arm sind, sich Beihilfen des Staates bedienen können, die in dem Artikel 3654 angeführt sind.

Dieser Artikel (3654) besagt:

Wenn eine Stadt- oder Dorfgemeinde bei der Gründung einer Elementarschule nicht weniger als die Hälfte der Ausgaben für das Lehrergehalt und für kleinere Schulausgaben, die im Art. 3652 angeführt sind, übernimmt und sich verpflichtet, der Schule alle übrigen zu ihrem Unterhalt notwendigen Mittel zuzustellen, so bleibt es dieser Stadt- oder Dorfgemeinde, wenn ihre Einwohner sich in ärmtlicher Lage befinden, überlassen, sich an die Regierung mit der Bitte zu wenden, im Laufe der ersten 10 Jahre auf Rechnung des Fiskus den übrigen Teil der Summe für das Lehrergehalt und die kleinen Schulausgaben zu übernehmen.

Und im Artikel 3671 ist u. a. gesagt:

Die speziellen Elementarschulen für die Kinder evangelisch-augsburgischer und reformierter Bekenntnisses, die sogenannten Kantorate, bleiben weiter unter der Aufsicht des Konsistoriums bestehen und unterliegen nur der allgemeinen Aufsicht der Schuldirektion. Die Ernennung von Lehrern kann nur nach Verständigung mit dem Konsistorium erfolgen.

Und im Artikel 3672 heißt es, daß Einwohner, die entsprechend dem Art. 3670 eine eigene Schule besitzen, von der Besteuerung zugunsten anderer Schulen (gemäß Art. 3665) befreit sind.

Nedner zitiert im Zusammenhang damit den Wortlaut der §§ 198 und 199 der Kirchenordnung für die evangelisch-augs-

burgischen Gemeinden Polens vom Jahre 1849 betreffend die Aufsicht über die evangelischen Schulen und Lehrer und fährt dann fort:

Aus allem ist ersichtlich, daß das angebliche Privilegium für die Schulen der deutschen Minderheit in Wirklichkeit schon aus den Jahren 1849 und früheren Jahren stammt. Bei der Aufstellung neuer Vorschriften sind den nationalen Minderheiten lediglich die alten Rechte wieder eingeräumt worden.

Das evangelische Schulwesen hat sich, dank seiner Autonomie, auch in einem verhältnismäßig gutem Zustande befunden. Im Jahre 1880 gab es 800 Schulen mit deutscher Unterrichtssprache. Die Reaktion unter dem Zaren Alexander III. entriß den Evangelischen über 300 Schulen, die in Gemeindeschulen mit russischer Unterrichtssprache umgewandelt wurden. Über trotzdem bestanden in Polen im Jahre 1912 noch 313 Kantoratschulen und 284 deutsche Elementarschulen, Lodz nicht gerechnet. In Lodz allein befanden vor dem Kriege über 100 Abteilungen, die von 5000 Kindern besucht wurden. Das evangelische Lehrerseminar besteht bereits über 50 Jahre, seit 1912 befindet es sich in Lodz, Evangelische Straße.

Meine Herren Stadtverordneten! Die Schulordnung, die die Bedürfnisse der deutschen Minderheit berücksichtigt, gibt uns nichts Neues, denn die evangelischen bzw. deutschen Schulen in Polen hatten immer ihre Autonomie, waren von der Besteuerung zugunsten anderer Schulen befreit, wurden von einem gewählten Schulrat beaufsichtigt usw.

Wir erwarten, daß auch der neuentstandene polnische Staat nicht weniger tolerant sein wird, als die ehemalige russische Regierung, und den Ratschlägen des St. A. Krajski nicht Gehör schenken wird, wonach die Schulordnung als aufgezwungen und als temporär zu bezeichnen sei und geändert werden kann oder müsse. Und wenn eine Änderung sich als notwendig erweisen sollte, so wird sie doch wohl eine Verringerung zum Besseren sein und zur Zufriedenheit aller Bürger des Landes, ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Nationalität, ausfallen.

Wir hoffen auch, daß die polnischen Stadtverordneten, die noch vor einigen Jahren um ihre Schule kämpften, denen die Muttersprache heilig war und heilig ist, es verstehen werden, daß auch anderen Nationalitäten, namentlich den Deutschen, ihre Sprache heilig und teuer ist. Sie werden wohl soviel Gerechtigkeitssinn haben, um auch den Schulen mit nichtpolnischer Unterrichtssprache die Geltendmachung zuzugestehen.

Im Namen der deutschen Fraktion gebe ich folgende

Erklärung

ab:

a) Die Deutsche Fraktion protestiert gegen jegliche Unterstellungen und Vorwürfe einzelner Stadtverordneter und gewisser Gesellschaftskreise, als ob die Deutschen antisemitische und antipolnische, d. i. separatistische Bestrebungen haben sollen.

Die deutsche Bevölkerung steht prinzipiell auf dem Standpunkt: „Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über Euch hat, denn es ist keine Obrigkeit ohne Gott“, und: „Gebt Gott, was Gottes ist, und der Regierung, was der Regierung gehört“.

Wir wollen und werden alle Bürgerpflichten dem polnischen Volke gegenüber trenn und loyal erfüllen. An unserer sprachlichen oder religiösen Eigenart aber wollen wir festhalten und dafür kämpfen, wenn wir auch der Meinung sind, daß die polnische Sprache unbestreitbar die Staatsprache und ihr Erlernen für jeden Staatsbürger unerlässlich ist.

b) In der Erkenntnis, daß ein Land nur dann stark, unabhängig und groß sein kann, wenn sich jeder Bürger ohne Unterschied des Glaubens, der Nationalität und des Standes in ihm treu und glücklich fühlt, wird die Deutsche Fraktion alle Bestrebungen unterstützen, die die Gleichstellung aller Landesbewohner ohne Unterschied der Nationalität und der Religion bezwecken und für Glaubens- und Gewissensfreiheit, für persönliche und die Freiheit des Wortes eintreten.

Geehrte Stadtverordnete! Ein bekannter Gelehrter hat vor 400 Jahren in einer Eingabe an die Ratsherren seines Landes, daß sie Schulen gründen sollen, u. a. gesagt: „Das Wohlergehen, die Stärke und der Ruhm einer Stadt liegt nicht in den angehäuftsten Schätzen, in der Zahl der Häuser, in der Dicke der Mauern oder in den Plätzen und Schwertern. Der Stolz der Stadt sind die gelehrten, rechtschaffenen und gut erzogenen Bürger!“ Möge auch der Ruhm und die Ehre unserer Stadt Lodz das gut geleitete Schulwesen werden! Möge unsere Lodzer Schule viele vernünftige, gelehrte, rechtschaffene Bürger hervorbringen, die zur Ehre der Stadt und zum Wohl des Landes, ja der ganzen Menschheit arbeiten! Darum, geehrte Stadtverordnete, laßt uns nicht geizen, die erforderliche Summe für das Schulwesen anzuschaffen, da wir für andere Sachen viele Millionen ausgeben. Laßt uns für das laufende Jahr den Haushaltsplan für die Schulen so beschließen, wie es von der Finanzkommission vorgeschlagen wurde; laßt uns alle Bedürfnisse des Schulwesens berücksichtigen, ohne Unterschied, ob es sich um die Schulen der Mehrheit oder der Minderheit, ob es sich um polnische, jüdische oder deutsche Schulen handelt!

Zum Schluß sprachen noch die Stadtverordneten Wolczynski, Dr. Rosenzweig und Dr. Rosenblatt. Letzterer hielt eine längere Rede, in der er den Polen den Vorwurf macht, daß man die Juden stets als Spione und Agenten hingestellt habe. Den Russen gegenüber als deutsche Spione, und Tausende seien dafür gehängt worden. Nach dem Abzuge der Russen hätte man sie als russische Spione bezeichnet und jetzt nenne man sie wieder Berliner Agenten. Warum das alles? Weil wir unser Recht verlangen! Die Juden könnten ohne die Kultivierung ihrer Nationalität nicht leben. Wenn 98 v. H. der Juden erklären, daß sie ein Volk mit eigener Sprache seien, so treffe dies auch zu, auch wenn diese Sprache manchem ungeschön erscheine. Die Polen brauchen nicht zu befürchten, daß das jüdische Kind nicht polnisch lernen werde. Die Juden aber fürchten, daß ihnen die polnische Sprache aufgezwungen und dadurch verehrt werden soll.

Schulverband und Darlehnskasse.

Es muß als besonders glücklicher Umstand angesehen werden, daß mit dem Vorgehen des Deutschen Vereins auf dem Gebiete der Einrichtung von Darlehnskassen die Gründung der Schulgemeinden der evangelischen und katholischen Landesschulverbände fast gleichzeitig erfolgt ist. Beide sind in vielfacher Beziehung auf einander angewiesen. Die Darlehnskassen bezwecken die wirtschaftliche Förderung ihrer Mitglieder. Die Schulverbände verfolgen die geistige und sittliche Emporbildung der Jugend aller ihnen angeschlossenen Gemeinden. Die Reisevereine haben seit Jahrzehnten dazu beigetragen, ganze Schichten der Bevölkerung aus sozialem Elend zu erlösen und die Wirtschaft ihrer Mitglieder auf eine gesunde Grundlage zu bringen. Wer einmal in den Vereinen der Darlehnskassen die segensreiche Wirksamkeit des Genossenschaftswesens am eigenen Leibe erlebt hat, wird immer ein Freund dieser Einrichtung bleiben. Das gleiche wird sich auch von den Mitgliedern der deutschen Schulgemeinden bestimmt voraussetzen lassen. Bei ihnen handelt es sich um die Pflege der heiligsten und edelsten Güter, die die Familie und die Gemeinde besitzt. Je besser die Erziehung gedeiht, um so glücklicher gestaltet sich die Zukunft des künftigen Geschlechts. Darum muß alles drangeseht werden, dafür zu sorgen, daß die neuen deutschen Schulgemeinden zu gedeiblicher Entwicklung kommen. Zu diesem Ziele können die Darlehnskassen im erheblichen Maße beitragen, indem sie der geistigen und sittlichen Pflege der Schulgemeinden in wirtschaftlicher Hinsicht die helfende Hand reichen und davon selber Nutzen ziehen. Der Schulverband legt zweckmäßig die eingehenden Gelder in der Darlehnskasse zinsbar an in Form eines laufenden Kontos. Der Schulverband braucht die vorhandenen Gelder für die Bedürfnisse der Schule dann nicht besonders aufzubewahren, hat sie aber trotzdem jederzeit zur Hand, so daß er bei Auszahlung von Gehältern und bei Begleichung von Rechnungen nicht einen Augenblick in Verlegenheit kommt. Auf diese Weise unterstützen sich die beiden Verbände gegenseitig.

Von besonderem Werte wird die Darlehnskasse für die Schulgemeinde, wenn diese benötigt ist, ein größeres Darlehen zum Neubau eines Schulhauses, zur Erwerbung eines eigenen Schulgrundstückes, zur Abtragung einer Schuld, zur Beschaffung der inneren Einrichtung von Schulklassen usw. aufzunehmen. Die Darlehnskasse wird bereit sein, solche Darlehne gegen mäßige Verzinsung zu gewähren und die fortwährende Abzahlung der Schulsumme nach besonders vereinbarten Sätzen zu ermöglichen. Auf diese Weise wird das Drücken einer Schuld nicht empfunden. Die Schulgemeinde ist in der Lage, für die Erziehung ihrer Kinder mit Hilfe der Darlehnskasse in ausreichender Weise zu sorgen, ohne ihre Mitglieder mit Abgaben zu überlasten. Sie wird es vielmehr in fast allen Fällen ermöglichen, eine Mehrbelastung ihrer Mitglieder bei Erwerbung von Schulgrundstücken, bei Erweiterungs- oder Neubauten auf dem Schulgebiet gänzlich zu vermeiden. Wo die Zinszahlung und die Zahlung von Amortisationsbeträgen eine wesentliche Erhöhung der Schulbeiträge zur Folge haben würden, kann die Schulgemeinde beim Vorstände des Landesschulverbandes eine Erhöhung der laufenden Beihilfen beantragen. Solchen Anträgen wird zweifellos entsprochen werden, und die Beihilfen werden so lange gewährt werden, bis die Tilgung des Darlehens erfolgt und damit die Schulgemeinde von der aufgenommenen Schuld befreit ist.

Aufgabe der sittlichen Erziehung ist es, den Gemeinfinn zu pflegen. Der Gemeinfinn kommt aber fast nirgends kräftiger zum Ausdruck als bei den Reisevereinen. Hier muß einer für den anderen eintreten und einer den anderen wirtschaftlich fördern helfen, indem er dabei gleichzeitig seinen eigenen Angelegenheiten nützt. Die Schule hat dabei ein praktisches Beispiel von ungeheuren Werte für die Pflege des Gemeinfinnes. Deshalb wird im Unterricht bei Besprechungen von wirtschaftlichen Fragen sowie im Rechenunterrichte häufig auf die Darlehnskassen zurückzukommen sein. Die Schule findet dadurch häufig Gelegenheiten, in idealem Sinne der Darlehnskasse den Dank abzutragen, der ihr gebührt für die Aufbewahrung und Verwaltung der Gelder der Schulgemeinde sowie für Gewährung von Darlehen im Interesse der Schule. Je mehr aber die Schul- und die Darlehnskassenverbände sich gegenseitig helfen und durchdringen, um so besser werden beide gedeihen und einen um so größeren Nutzen werden beide Verbände durch dieses Zusammengehen für sich und ihre Mitglieder haben.

O.

Zur Kirchenverfassungsfrage.

Obwohl ich jeden Aufsat über die Kirchenverfassung in der „Deutschen Post“ und im Wochenblatt „Unsere Kirche“ sorgfältig durchlesen und durchdacht habe und mir manche Gedanken kamen, so hielt ich es dennoch nicht für nötig, selbst ein Urteil abzugeben. Aber beim Lesen des Entwurfs der Lodzer Pastorenkonferenz überfiel mich ein heiliger Zorn und ich konnte nicht mehr länger schweigen. Die polonisierende Richtung unserer Pastoren tritt darin unverhüllt hervor. Warum soll der Generalsuperintendent Bischof heißen? In Friedenszeiten heißen unsere Pastoren sich gern „Kijadz“ nennen. Nun sollen auch die anderen altgewohnten Bezeichnungen in unserer Kirche fremdkirchlichen weichen. Viel zu denken gibt natürlich auch der Wunsch der Pastoren, den Wänderungsparagrafen zu § 25 — hinsichtlich der deutschen Verhandlungssprache — zu streichen. Auch die Erhöhung des Dienstes der reichsdeutschen Pastoren (§ 10) ist nicht ohne Bedeutung.

Ach, wie lieb sind unserem deutschen Kolonistenvolke die reichsdeutschen Pastoren! Wie sorgen sie nicht nur für das geistliche, sondern auch für das leibliche Wohl der ihnen anvertrauten Gemeindeglieder! Und wie anders ist es bei unseren Pastoren!

Was soll aus unseren Gemeinden nach Beendigung des Krieges werden, wenn alle reichsdeutschen Pastoren in die Heimat zurückkehren und, nach den letzten Proben von Unzulänglichkeit seitens der hiesigen Pastoren, keine anderen mehr herkommen wollen? Dann werden unsere Gemeinden noch weiter zurückgehen und vielleicht ganz zu Grunde gehen.

Müssen unsere Pastoren nicht in der deutschen Bewegung an führender Stelle stehen? Haben die Herren schon ganz das Märtyrerdasein der deutschsprechenden Evangelischen in den ersten Monaten des Jahres 1915 vergessen? Mögen sie dann den kleinen Rest der aus der Verbannung zurückkehrenden Kolonisten fragen. Wenn jene Herren das Leid ihrer Glaubensgenossen vergessen haben: ich und alle deutschen Lutheraner in Polen werden es bis zum Tode nicht vergessen und Kindern und Kindeskindern berichten, was wir erlebt haben.

Auch früher schon konnte der schlichte deutsche Landmann seinen Pastor nicht begreifen, der die heiligsten Güter des Deutschtums für ein Wahngelübde preisgab. Nun hat der Krieg ihn gelehrt, sein Deutschtum hochzuhalten.

Lodz ist der Mittelpunkt des Deutschtums, des evangelischen Glaubens, der deutschen Vereinigungen und der deutschen höheren Lehranstalten. Wenn es nach gesundem Menschenverstand geht, muß Lodz Sitz des Konsistoriums werden.

Alexander Treichel, Lehrer in Zbojensko.

Merkwürdige Lutherfeiern.

Es ist begreiflich, daß Luther einst kräftig und unzweideutig aus sprach: „Für meine Deutschen bin ich geboren, ihnen will ich dienen“ und von dem der Katholik Dollinger bekannte, es habe kaum jemals einen Deutschen gegeben, der sein Volk so unmittelbar verstanden habe und der wiederum von der Nation so ganz erfaßt, gleichsam eingeschlossen worden sei, vielen unserer Zeitgenossen, die ihn allenfalls als völkisch uninteressierten Kirchmann gelten lassen, un bequem zu werden beginnt und daß sie sich scheuen, den Namen Luther zu nennen. So wird uns von einem Reformationsjubiläumsgottesdienst in der Nähe von Lodz berichtet, wo in der Predigt das Wort Luther kein einziges Mal genannt worden sei.

Sonderbar, höchst sonderbar muten uns auch die Lutherfeiern in Warschau an. Nach den vorliegenden Nachrichten ist der 31. Oktober von der einheimischen lutherischen Gemeinde überhaupt nicht gefeiert worden. Dem „Kurjer Polski“ zufolge fand nur eine feierliche Veranstaltung im Gemeindefaal für die Gemeindevolksschulen statt, bei der Pastor Nüger eine Rede über die Bedeutung des Tages hielt. Erst am 1. November wurde der Reformationsgottesdienst für die Gemeinde gehalten und am Tage darauf eine Andacht im Gemeindefaahaus. Am Sonntag, dem 4. November, wurde die Nachfeier begangen

Erinnerungen aus dem belagerten Riga.

III.

(Schluß.)

Revolutionsspielerei. Das Verhältnis der Soldaten zu ihren Oberen. Vom souveränen Volk. Letztliche Stimmungen. Der Erlösung entgegen.

Als recht unerwartet die Nachricht nach Riga kam, welcher Umschwung sich in Petersburg vollzogen hatte, war erst in der ganzen Stadt ein stummes Staunen. Auf deutscher Seite viel Mitleid mit der Zarenfamilie, aber auch unter den einjährigen russischen Leuten. Von einer alten russischen Dienstmagd hörte ich, daß sie nur im Schluchzen herumginge. Dieselbe erzählte auch, daß in der Kathedrale sich lauter weinende Menschen versammelt hätten. In den nächsten Tagen kamen dann die großen Feste. Niedrige Umzüge mit roten Fahnen, geschmückte Autos mit sehr demokratischen Insassen, Reden auf allen Plätzen, in allen Lokalen. Man ging wenig auf die Straßen, nicht weil man persönlich nicht sicher gewesen wäre, noch tastete das Volk niemanden an, aber es wurden einem rote Schleifen angehängt. Ein deutscher Herr wehrte das rote Abzeichen ab, indem er sagte: „Es ist doch jetzt Freiheit, nicht wahr, man kann denken, wie man will, so erlauben sie mir, Monarchist zu sein!“ Diese Antwort wurde ihm schon damals als große Kühnheit ausgelegt, im späteren Verlauf hätte man das nicht wagen dürfen. Die Revolution war von vornherein auf schiefen Bahn gekommen und trieb dem Terrorismus entgegen, die wenigen wirklichen Idealkämpfer, die die Verwirklichung all ihrer Träume erhofften, konnten einem Leid tun. Wer die Reden, die gehalten wurden, angehört hat, und dazu brauchte man nur stehen zu bleiben, etwa bei dem leeren Sockel Peters des Großen, der konnte hören, wie sich die Redner an die niedrigsten Instinkte des Volkes wandten, indem sie die fürchterlichsten Greuel vom Kaiserhaus behaupteten. In diesen ersten Wochen wurden immer wieder Anlässe gesucht, Feste zu feiern, und die Umzüge wurden uns ein ganz gewohnter Anblick. Neuester lehrreich waren die Aufschreien auf den Plakaten und Fahnen z. B. „Es lebe die Republik ohne Präsidenten“. Wir sahen daraus, um wieviel tiefer zum demokratischen Pol wir wieder gesunken waren. Friedensforderungen kamen wir nicht zu sehen, solche

mit einer feierlichen Veranstaltung im Gemeindefaale. Die „Nowa Gazeta“ berichtet darüber, daß als Vertreter des Magistrats Bürgermeister Orzaniewski, ferner der Direktor des Schuldepartements des Staatsrats Mikulowski-Pomorski, der Direktor des Justizdepartements Bukowiecki und andere Vertreter der polnischen Gesellschaft daran teilnahmen. Der Vorsitzende des Kirchenkollegiums Geißler eröffnete die Veranstaltung und schilderte die Bedeutung des Protestantismus in Polen als einer religiösen Richtung von streng nationalem Charakter. Der polnische Protestantismus habe die Rechte der Nation stets geschützt. Das Kirchenkollegium der Warschauer evangelisch-augsburgischen Gemeinde habe immer im Sinne dieser Traditionen gehandelt. Die jeweilige Minderzahl fremder Abstammung ging mit der übrigen polnischen Gesellschaft Hand in Hand.

Hierauf hielt der Richter Jakob Glas einen längeren Vortrag über die Reformation in Polen. Nach dem Bericht des „Kurjer Warszawski“ führte er aus: Der Beginn der Reformation in Polen sei mit Glanz und Pracht verbunden. Im Jahre 1569 seien von 73 Senatoren — 38 Dissidenten gewesen, und unter ihnen befanden sich Namen hoher Persönlichkeiten (Dönhoff, Firlej, Gurta, Tenczynski, Mowinski, Ostrog, Pak, Potocki, Radziwill, Sapieha, Sieniamski, Tyszkiewicz, Tyngshaus, Wisniowiecki, Zawisza und Zborowski). Mit der Reformation begann der Volksgeist sich zu heben: das Ideal war die Rückkehr zum Christentum, die starke Macht des Monarchismus, die enge Vereinigung mit Litauen und der Ukraine — das reifte politische Programm der Neuzeit Polens. Troh dem konnten die Dissidenten sich nicht behaupten, nicht nur infolge der Strömung, die das damalige Polen beherrschte, sondern auch infolge eigener Schuld: Mangel an Ausbau, Teilung in drei sich gegenseitig bekämpfende Konfessionen, der augsburgischen, böhmisches und kalvinischen, und der allzukühnen Neuerungssucht der Arianer. Der rasche Verfall des polnischen Protestantismus habe es mit sich gebracht, daß in späterer Zeit seine Bedeutung nur gering eingeschätzt wurde. In Polen selbst habe man sich recht wenig für die polnischen Reformatoren Kei, Laski usw. interessiert. Fremde hätten die geschichtlichen Zusammenhänge erforschen müssen. Die Ausführungen des Vortragenden gipfelten in Vorschlägen zur Gründung einer Gesellschaft zwecks wissenschaftlicher Durcharbeitung der polnischen Reformationsgeschichte.

Für den Mann von Wittenberg, der am 31. Oktober 1517 eine weltbewegende Tat ausführte, fand sich also in den Warschauer „Lutherfeiern“ kein Raum!

Lodzer Woche.

In der am 12. November stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung wurden sechs Vertreter zur Gründungsstangung des polnischen Städtetages, vier Vertreter in den Schulrat der Stadt Lodz und ein Vertreter in den Lodzer Kreis schulrat gewählt. Leider befindet sich unter den Gewählten kein Deutscher.

Auch bei der später anberaunt gewordenen Wahl zweier Magistratschöffen ließ man den deutschen Kandidaten durchfallen. Die dauernde Ausschaltung von Vertretern der steuertragenden deutschen Bevölkerung aus solchen städtischen Körperschaften, die sich nicht mit der Herbeischaffung neuer Mittel für die städtische Wirtschaft befassen, zeugt nicht davon, daß die Stadtverordneten sich von Billigkeitsgründen leiten lassen.

Der Magistrat berief eine Kommission, die sich mit dem Ausbau der elektrischen Straßenbahn befassen soll.

In einer zweiten Sitzung, die am 12. November stattfand, befaßte sich die

Stadtverordnetenversammlung wiederum mit dem Etat der Schuldeputation. Der polnische Stadtverordnete Krajczki fühlte sich verpflichtet, in harscher Weise gegen die berechtigten Wünsche der jüdischen Minderheit

Aufschreien sollen wohl in den entlegenen Vorstädten aufgetaucht sein, konnten sich aber nicht behaupten. Sehr deutlich zeigten die Zahlen die scharfe Trennung nach nationalen Grundzügen, die sich vollzog. Die Ukrainer sonderten sich aus, das Ukrainer Militär trug besondere Abzeichen, die Polen waren schnell organisiert, weniger fielen die Litauer auf, aber in unglaublich feiner Weise traten die Letten hervor mit ihrem Lösungswort „Latwija“ (Letland).

Etwas anderes, was wir auf der Straße noch beobachten konnten, war das Verhalten der Soldaten den Offizieren gegenüber. Es war nicht ohne Komik wie die Offiziere mit den Soldaten aneinander gerieten wegen des verweigerten Grußes. Wenn so ein einfacher Soldat mit verschlafenen Gesicht von einem jungen, auf seine Würde stolzen Offizier angefahren wurde: „Warum grüßt du nicht?“ Und es kam die Antwort: „Ich will nicht, es ist auch nicht nötig.“ — „Was, weißt du nicht, daß ich dich abführen lassen kann!“ — „Bitte tun Sie das.“ Der Soldat wußte sehr genau, daß wenn jemand gefangen gefetzt werden sollte, es sich nur um den Offizier handeln konnte. Man erzählte sich, daß eine große Zahl von Offizieren von ihren eigenen Leuten festgesetzt worden seien. Im Tram sah man bald Offiziere stehen, wo Soldaten behaglich saßen. Die elektrische Bahn war eigentlich überhaupt nur für Soldaten, sie überfüllten die Wagen und hingen noch wie Trauben hinten daran. Wer in dieser Zeit die Eisenbahn benutzte, sah noch ungläublichere Zustände. Die Soldaten stiegen ein und aus durch die Fenster, streckten sich auf die Polster 1. Klasse und kauten ihre Sonnenbrillen. Wenn kein Raum war, berieten sie, ob man nicht ein paar Offiziere zum Fenster heraus werfen könnte. „Sie sind a doch nur Drogen!“ In fürchterlicher Erregung kam ein junger Arzt in Riga an, der eine solche Fahrt mitgemacht hatte. An anderer Stelle sollen die Soldaten ihre Drohung wirklich ausgeführt haben. Es war nichts unmöglich in dieser Zeit. Vor einem alten Generalf tritt ein Soldat und sagt: „Steh auf, Kamerad, jetzt will ich sitzen.“ Bald hörte man mit Entsetzen, daß hier und da in der Vorstadt ein einzelner Offizier von Soldaten überfallen sei, die ihn hin und her geschleppt hätten, um ihn endlich niedermachen. Auf den Straßen sah man den Soldaten ihre Koseheit meist nicht an, nur ab und zu traf einen ein harscherer Blick oder man bekam ein Wort zu hören wie: „Wir wissen genau wer unsere wahren Feinde sind, daß sind nicht die Deutschen in den Schützengraben, das sind die Deutschen hier im Lande, aber sie sollen es zu fühlen

Stellung zu nehmen. Er meinte, daß heute für die Stärkung des (polnischen) Nationalbewußtseins gesorgt werden müsse. Stadtverordneter Gaterjohn, ein jüdischer Assimilant, befreit in anderthalbstündiger Rede das Recht seiner jüdischen Volksgenossen auf ein eigenes Schulwesen und machte sie lächerlich. Während seiner Ausführungen wurde er öfters von andersdenkenden jüdischen Stadtverordneten unterbrochen.

Die Tagesblätter schrieben in letzter Zeit über die Frage des polnischen Ministerpräsidenten.

Der Regentratsrat hatte noch einmal den österreichischen Diplomaten Grafen Nam Tarnowski als Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Die Okkupationsbehörde ist aber bei ihrem ablehnenden Standpunkt verblieben, weil sie an der Spitze der Regierung einen Mann sehen will, der mit dem Lande ver wachsen ist und nach jeder Richtung hin unbesangenen die Staatsgeschäfte zu führen sich bestimmt fühlt.

Nus unserem Vereins- und Gesellschaftsleben.

Hauptversammlung der „Deutschen Selbsthilfe“.

Am Montag, dem 19. Nov., findet um 7 Uhr abends im großen Saal des Männergesangvereins die im zweiten Termin abzuwickelnde Mitglieder-Hauptversammlung statt, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig ist. Die Tagesordnung geht aus der Anzeige in unserer heutigen Ausgabe hervor.

Außerordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Gymnasial- und Realschulvereins.

Wir machen unsere Leser noch einmal darauf aufmerksam, daß am Donnerstag, dem 22. November, 4 Uhr 30 Minuten nachmittags, in der Aula des Deutschen Gymnasiums eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfinden wird. Bezüglich der Tagesordnung verweisen wir auf die heutige Anzeige.

Psalmfänger-Feier.

Das dem Deutschen Verein angegliederte Deutsche Psalmfängerchorps veranstaltet am Sonntag, den 25. November, 4 Uhr nachmittags in der Aula des Deutschen Gymnasiums die feierliche Aufnahme der Psalmfänger und die Verteilung von Abzeichen.

Unsere Bitte um Beistener zur Einrichtung unseres Jugendheims.

Ist nicht ohne Erfolg geblieben. Wir sind von Herzen dankbar, daß sich einige Gönner bereitanden, durch Zuwendungen ihr Interesse an unserer Arbeit zu bekunden. Das gibt uns den Mut, von neuem zu bitten: Helft uns durch Stiftung von Einrichtungsgegenständen oder von barem Gelde bei der Einrichtung unseres vergrößerten Jugendheims, das in diesen Tagen von der Petrikauerstr. 100 nach der Kurzstr. 9 verlegt wird. Durch die Erweiterung unseres Heims brauchen wir mancherlei Möbel, vor allem Tische, Stühle, Gardinen, Kleiderhalter usw. Auch für Geldpenden sind wir sehr dankbar, da die Instandsetzung der neuen Räume ziemlich Kosten erfordert. Welcher Gönner unserer Jugendpflege fände sich bereit, uns z. B. die recht kostspielige, aber unbedingt notwendige Lichtanlage (etwa 300 Mark) zu bezahlen? Hier bieten sich unzählige Gelegenheiten für diejenigen, die unsere Jugend liebhaben und ihr gern Gutes erweisen möchten.

Last uns nicht vergeblich bitten! Unsere Jugend wird für alle Hilfe durch treues Festhalten am deutschen Volkstum zu danken wissen.

Der Vorstand der Jugendabteilung des Deutschen Vereins.

Alle Spenden bitten wir an die Geschäftsstelle, Evangelische Straße 5, gelangen zu lassen.

„bekommen, wenn wir abziehen!“ Das waren dann Eindrücke, die man schwer los werden konnte. Überall auf den Straßen sah man die Soldaten in Gruppen stehen und politisieren. Man konnte sich schon vorstellen, daß sie viel zu sprechen hatten über all die sozialistischen Ideen und Schlagworte, die ins Volk geworfen waren.

In den Abenden begann dann eine große Promenade in unseren alten Kaiserlichen Garten, auf dem jetzt in grellem Rot die Aufschrift „Demokratischer Park“ prangte und wo jeden Abend eine Ukrainer-Truppe Vorstellungen gab, oder auch nur hin und her auf den Straßen. Wer im Erdgeschöß lebte, konnte kaum einschlafen, vor dem lauten Lachen der Vorbeiziehenden. Die Dienstmädchen setzten in den Häusern die Abendbrote früher an, das hing nämlich nur von ihnen ab, um das Vergnügen ungekürzt zu genießen. Die Dienstmädchenfrage, überhaupt die Arbeitslohnfrage wurde eine immer schwieriger. Wo man hinlief: Versammlungen, höhere Gehaltsforderungen, Streiks, und die Folge: ein Wachsen der Preise von Tag zu Tag. Als Riga genommen wurde, stand eben ein Streik der Hausnechte bevor, sie forderten den Achtstundens-Arbeitstag und dann Lösung, ungefähr das Doppelte an Gehalt und weigerten sich, im Winter Schnee zu schaufeln. Die Leute verstanden es, ihre Forderungen durchzusetzen. Es drang dann einfach eine Menge mit einer roten Fahne in den Sitzungssaal und die Stadtverordneten mußten unterschreiben. Wir hatten ja nicht mehr unsere alten deutschen Behörden. Gleich auf einer der ersten großen Volksversammlungen waren die Stadtverordneten für abgesetzt erklärt und ohne Umstände eine Liste von 60 neuen Stadtverordneten aufgestellt. Die Gewählten waren zum Teil nicht anwesend, wurden auch nicht gefragt und einzelne von ihnen erhoben später Einspruch gegen dies Verfahren. Jetzt entspann sich ein Kampf. Diese Versammlung war lettisch orientiert gewesen. Nun schlossen sich die Russen zusammen und vertraten einen gemäßigten Standpunkt, sie wollten noch ein wenig Herren im Lande bleiben und nicht gleich alles den Letzen in die Hände geben. Unsere Rigenern spielte hier die Politik einen Streich; wollten wir noch halten und retten, was zu halten und retten war, so mußten wir die Hand ergreifen, die diese russische Partei uns entgegenstreckte. Wir mit den Russen gehen! Aber die Ereignisse verlangten, daß alle vernünftig Gesinnten sich zusammenschlossen, die anarchischen Elemente drohten die Stadt ganz zu Grunde zu richten und die Bevölkerung in ein fürchterliches Elend zu bringen. Es entstand

Berufsjubiläum.

Herr Lehrer Hermann Günther, Mitglied der Hauptleitung des Deutschen Vereins, feierte am 14. November das Fest seiner 25 jährigen Tätigkeit als Lehrer. Herr Günther war zuerst Lehrer auf dem Lande und überfiedelte später nach Lodz. Seit 1906 wirkt er erfolgreich am Deutschen Gymnasium. Bei der Gründung von Ortsgruppen des Deutschen Vereins und als stets gern gehörter Redner hat er sich für die Aufgaben des Deutschen Vereins mit voller Kraft eingesetzt. Wir wünschen ihm Kräftigung seiner angegriffenen Gesundheit, damit es ihm vergönnt sei, auch weiter für seine Volksgenossen tätig zu sein.

Basar des Hilfsvereins deutscher Reichsangehöriger.

Am 10. und 11. November wurde im großen Saal des Männergesangsvereins ein Basar zu Gunsten der Weihnachtsbescherung des Hilfsvereins der deutschen Reichsangehörigen veranstaltet. Er nahm einen schönen Verlauf und brachte dem Verein einen guten Erlös.

Freistundenheim für Beamtinnen.

Einer der „Deutschen Lodzer Zeitung“ zugegangenen Zuschrift entnehmen wir folgendes: Das Freistundenheim für Lodzer Beamtinnen sah zu Anfang dieses Monats auf ein Vierteljahr des Bestehens zurück. Nach nur zweimonatigem Bestehen der Beamtinnen-Versammlungen konnte, dank der der Sache freundlich gesinnten Behörden, ein eigenes Heim für die Beamtinnen geschaffen werden. Die Mitglieder des Arbeitsausschusses haben reichlich zu tun mit Einziehung der Beiträge, da die Mitgliederzahl weit um das Doppelte gestiegen ist. Ferner verwalten sie die Bücherei und die Armenbüchse. Die Mitgliederversammlung ist an jedem Donnerstag. Zitter- und Geigenpiel, Gesang- und Klavierstücke und Deklamationen tragen zur Unterhaltung bei. Gäste hielten verschiedene interessante Vorträge. Zu der am 9. September stattgefundenen Eröffnungsfeier hatten sich Vertreter der Behörden und des Deutschen Vereins, Pastoren, Schwestern usw. eingefunden. Einmal im Monat finden Mütterversammlungen statt. Besprechungen religiöser und ethischer Fragen oder von Bibelabschnitten vereinigen zum Wochenabschluss Mitglieder des Freistundenheims und der Jugendabteilung des Deutschen Vereins. Montags hält der Chor seine Proben ab, und Sonntags und Dienstag abends findet sich zuweilen eine ganz kleine Zahl von Beamtinnen zusammen, die im Zimmer der Leiterin (Zimmer 501) gemütlich plaudert, kauft, Handarbeiten macht.

Babianice.

Am Sonntag, dem 11. November, um 2 Uhr nachmittags, fand im Saale „Grüner Berg“ die Hauptversammlung des „Deutschen Hilfsvereins“, Ortsgruppe des Deutschen Vereins, statt. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden des Vereins, Herrn Hegenbart eröffnet. Er gab Bericht über die Veranstaltungen des Vereins und kam alsdann auf den Rechenschaftsbericht der Wirtschaftsabteilung zu sprechen. Der Warenumsatz belief sich im letzten Halbjahr (vom 1. April bis 1. Oktober) auf 17 000 Mark. Es wurde ein Reingewinn von 1081 Mark erzielt, davon sollten dem Deutschen Progymnasium 200 Mark zugewandt werden. Das Vereinsvermögen belief sich jetzt auf 5612 Mark.

Am Sonntag, dem 25. November, veranstaltet der Verein in der Turnhalle einen Unterhaltungabend.

„Deutsche Selbsthilfe“ in Gierz.

Am Sonnabend, dem 10. d. Mts., um 5 Uhr nachmittags, fand im evangelischen Waisenhaus die vierte Jahresversammlung der „Deutschen Selbsthilfe“, Abteilung Gierz, statt. Von 371 Mitgliedern waren 45 erschienen. Eröffnet wurde die Versammlung von dem Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Robert Hoh, der die Herren Oskar Jahn und Karl Bommie zu Beisitzern und Herrn Oskar Hille zum Schriftführer berief. Dem verlesenen Rechenschaftsbericht für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September entnehmen wir folgendes:

Die Einlagen der Mitglieder betragen 7361,34 M., die Labeneinrichtung hat einen Wert von 1000 M., die Kasse weist einen Bestand von 7417,47 M. auf, das Warenlager verfügt

über Waren, die einen Wert von 9550 M. darstellen. 2300 M. stellen die Reserven der Selbsthilfe dar. Waren wurden verkauft: für 80 186,28 M. an Mitglieder, für 39 129,77 M. an Personen, die dem Verein nicht angehören. Der Reingewinn beträgt 9523,15 M. Davon wurden verteilt: Tantiemen an Geschäftsführer und Personal 1300 M., 25 Prozent für den Reservefonds 2055,78 M., 25 Prozent für Betriebsrücklage 1541,84 Mark, 5 Prozent Zinsen vom Einlagekapital für neun Monate 276,05 M.

Der noch verbliebene Restbetrag von 4349,46 M. wurde wie folgt verteilt: 4 1/2 Prozent Gewinnanteil vom Umsatz der Mitglieder 3608,38 M., Unterstützung an das neugegründete Gzierzer Realprogymnasium 600 M., Zuwendung an das Greifenheim 70,54 M., Beihilfe dem Waisenhaus 70,54 M.

Der Bericht aus der Gewinnverteilung wurde von den Mitgliedern gutgeheißen. Die durch das Los ausgehenden Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates wurden wiedergewählt. An Stelle des verstorbenen Herrn Ernst Fürstenwald wurde Herr Robert Lubnau gewählt. Es wurde beschlossen, die Gzierzer „Deutsche Selbsthilfe“ als selbständiges Unternehmen betätigen zu lassen, und deren Rechtspersonalität zu beantragen. Es wurde bekanntgegeben, daß die 5 prozentige Verzinsung der Einlagen und der 4 1/2 prozentige Umsatzertrag vom 1. Dezember ab von 3 bis 6 Uhr nachmittags ausbezahlt werden wird. — Die Versammlung wurde um 1/27 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Reformationsjubiläum in Konin.

Anlässlich der 400-Jahresfeier der Reformation hatte die hiesige evangelische Gemeinde zu einem Abend am Sonntag, dem 4. November, im evangelischen Schulgebäude eingeladen. Die Gemeindeglieder sowie die deutsche Beamtenschaft und die Landsturmpompage waren zahlreich erschienen. Zur Begrüßung richtete Pfarrer Schörr herzliche Worte an die Versammlung. Nach einem Gesangvortrag des Kirchenchors wies Amtsgerichtsrat Wermuth auf die Bedeutung des Tages hin, wobei er in warmen Worten des scheidenden Pfarrers gedachte. Pfarrer Schnorr, der in diesen Tagen Konin verläßt, um einem Ruf in seine Heimat zu folgen, war hoch weither Gegenstand herzlicher Ovationen. Pfarrer Schnorr hielt sodann die eigentliche Festrede zum Tage der 400 jährigen Wiederkehr der Reformation. Der gemischte Chor trug durch schöne Chorwerke zum guten Gelingen des Abends bei.

Reformationsjubiläum in Kolo.

Die Gemeinde Kolo hatte am 31. Oktober eine besondere Freude: sie konnte in ihrer Reformationsfest-Nachfeier am Nachmittag den Herrn Konsistorialpräsidenten Grafen v. Posadowsky und den Herrn Pfarrer Gelfler aus Warschau begrüßen. Die markigen, begeisterten Worte, die beide Herren bei Pflanzung der Lutherkeiche, die den Schlusssatz der Feier bildete, an die große Versammlung richteten, werden bei allen unvergessen bleiben.

Kirchenkonzert in Laß.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Olup schreibt uns: Am Sonntag, dem 11. November, 4 Uhr nachmittags, fand in der evangelischen Kirche zu Laß ein Kirchenkonzert statt. Früheinstimmig ließ sich in einigen gelungenen Solopartien und zusammen mit Fräulein Elke Köhm in einem Duett hören. Herr Weitz trug zwei Geigenstücke vor, Herr Marschner brachte eine Waldhornpartie zu Gehör und Herr Pulmer sang ein religiöses Lied. Begonnen und beschlossen wurde die Veranstaltung durch Gemeindegesang. — Das Konzert war sehr gut besucht; sämtliche reichsdeutsche Beamte und Landstürmer und sehr viele deutsche Ansiedler aus der Umgegend nahmen daran teil, so daß das kleine Kirchlein nicht alle, die gekommen waren, fassen konnte. Wir danken allen Mitwirkenden, die uns einige erhabende Stunden geboten haben, nicht zuletzt auch Herrn Bürgermeister Kodo, der sich um das Zustandekommen des Konzerts sehr bemüht hat und durch dessen Entgegenkommen die Kirche zu elektrischem Licht kam.

Deutsche Spar- und Darlehnskasse in Zagorow.

Am 28. Oktober wurde in der evangelischen Schule in Zagorow eine Versammlung der deutschen Landwirte in Zagorow und Umgegend abgehalten, in der Herr Dr. Fischer aus Posen

einen Vortrag über die Bedeutung landwirtschaftlicher Spar- und Darlehnskassenvereine hielt. Die Versammlung beschloß, die Gründung eines solchen Vereins sofort vorzunehmen. Es ließen sich 62 Mitglieder in die Mitgliederliste eintragen, die Anmeldeung weiterer Mitglieder wird erfolgen. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Martin Munch, Landwirt in Wrombognel, Vorsitzender; 2. Paul Renz, Landwirt in Matyas, stellv. Vorsitzender; 3. Adolf Kuf, Landwirt in Okowo; 4. August Driesner, Hausbesitzer in Zagorow; 5. August Grunwald, Landwirt in Lazins. In den Aufsichtsrat wurden gewählt: 1. Pastor Haak, reichsdeutscher Pfarrverweser in Zagorow, Vorsitzender; 2. Rudolf Kohn, Landwirt in Wladimirow, stellv. Vorsitzender; 3. Heinrich Krüger, Landwirt in Epillienheim; 4. Ludwig Sidow, Landwirt in Michalinow; 5. Ferdinand Schulz, Landwirt in Tarszewo; 6. Theophil Kunge, Landwirt in Lazins; 7. Wilhelm Neumann, Landwirt in Okowo; 8. Gustav Scarf, Landwirt in Michalinow; 9. Adolf Beutler, Landwirt in Dombrowice.

Genossenschaftlicher Zusammenschluß der deutschen Landwirte.

Unter der Leitung des schon vielen Deutschen in Polen bekannten Herrn Dr. Fischer fand am Sonntag, dem 28. Oktober, in Bialobloty, Kreis Konin, die Gründung eines Deutschen Spar- und Darlehnskassenvereins statt. Die Namen der gewählten Verwaltungsmitglieder sind folgende: Vorstand: Wilhelm Hoch, Gottfried Steinbrenner, Bialobloty, August Schwitz, Groß-Orlin. Aufsichtsrat: Martin Kockante, Klein-Orlin, Adam Kriger, Dzewin, Gottlieb Grande, Bialobloty. Kassenwart: Wilhelm Stelzer, Bialobloty.

Zwei weitere Kassen wurden von Herrn Dr. Fischer im Kreise Kawa gegründet, und zwar: Deutscher Spar- und Darlehnskassenverein G. m. u. H. Helenow. Vorstand: Gustav Hette, Adamow, August Scheffler, Swinkiersch, August Frank, Helenow. Aufsichtsrat: Johann Hette, Helenow, Edmund Dohhadis, Budziszewice, August Kummert, Swinkiersch, Edmund Schumann, Theodorow, Gustav Rind, Wgranow. Kassenwart: Johann Hemmerling, Theodorow.

Deutscher Spar- und Darlehnskassenverein G. m. u. H. Koshanow. Vorstand: Friedrich Pjau, Jantowice, Leopold Fischer, Koshanow, Julius Anudel, Brzozowice. Aufsichtsrat: Wacław von Kobalowski, Friedrich Schulz, Tauron, Friedrich Köhm, Johann Pjau und Karl Wildemann, Koshanow. Kassenwart: Frank Pjau, Jantowice.

Landwirtschaftliche Beilage zur Deutschen Post.

Der herrschende Papiermangel zwingt uns, unsere „Landwirtschaftliche Beilage“ in Zukunft nur noch alle drei Wochen der „Deutschen Post“ beizufügen.

Jugendabteilung des Deutschen Vereins.

Die nach Geschlechtern getrennten Versammlungen unserer Jugend entsprachen einem lang empfundenen Bedürfnis, da beide Gruppen hierbei Gelegenheit haben, dem Austausch der eigenen Gedanken zwanglos nachzugehen. Das kam ganz besonders bei den Versammlungen am verflohenen Sonntag zur Geltung. Im Kreis junger Männer, der im Jugendheim zusammenkam, hielt nach vorangegangener gemeinsamer Gesang des Liedes „Sind wir vereint...“ Herr Neze einen Vortrag über „Den Wegwegang Luthers zum Reformator“. In schlichter Weise zeichnete der Redner ein Bild von dem harten Prüfungswege des großen Deutschen, der seinem Volke und weit darüber hinaus durch sein Leben und Wirken so viel Segen bringen sollte. Warmer Beifall der Zuhörer wurde Herrn Neze zuteil. Nach einer Pause sprach Herr Schiffelein über „Den Segen der Arbeit“. Seine Ausführungen enthielten manche Anregungen und Winke für das praktische Berufsleben, die von den Versammelten dankbar aufgenommen wurden. Der Vortragende wies darauf hin, daß zu einer Arbeit, die Befriedigung gewährt, gerade das kräftige Mitwirken an unserer Jugendarbeit gehöre. Gemeinsam gesungene Volkslieder, die von Klavier und Geige begleitet wurden, paßten sich dem schon verlaufenen Nachmittag würdig an. Zum Schluß hielt Herr Bergmann eine kurze humoristische Vorlesung,

eine Spaltung unter den Deutschen. Ein unserer Stadtverordneten erklärte, um jeden Preis ausfahren zu wollen, die andern meinten, man besiede nur den deutschen Namen, wenn man unter solchen Umständen weiterarbeitete. Die russische Partei wandte sich an die zeitweilige Regierung und fragte, wie es mit den Neuwahlen gehalten werden solle. Es kam der Beschluß aus Petersburg, daß bis zu regelten Neuwahlen der alte Bestand, nur durch einige Volksvertreter und Soldatenvertreter ergänzt, bestehen bleiben solle. Unterdessen waren aber auch die Werten am Werk gewesen. Ueberall, bis Dorapf hinauf, hatten sie große nationale Versammlungen abgehalten. Die Bewegung war so erstickt, daß die temporäre Regierung ihr nachgeben mußte. Es kam ein Vergleich zu stande, die Liste der 60 wurde ergänzt und es kamen auch die 11 deutschen Herren hinein. Das erste lettische Stadthaupt, Rechtsanwalt Kraft-Jahn, war dem Volke nicht national genug. Es wurde ein zweiter gewählt, Semgeln. Wogegen wir uns so mit allen Kräften gestemmt hatten in dem letzten Jahrzehnt, die lettische Stadtverwaltung, das war nun mit einem Schlage da. Es folgte bald ein lettischer provisorischer Gouverneur, der auf unserem alten Ordensschloß residierte. Die Privilegien unserer Ritterschaft waren gestürzt, auf dem Lande begann das Volk den deutschen Landbesitz aufzuteilen und die Herrenhäuser wie 1905 niederzubrennen. Was wir in sieben Jahrhunderten erbaut und behauptet hatten, das zerstörte vor unseren Augen in wenig Tagen die Revolution. Was blieb uns noch als unsere Hoffnung auf die Deutschen, die endlich kommen mußten! Wie zum Zeichen, daß das alte Recht untergegangen sei und nur der Umsturz noch Berechtigung habe, hatten sie unseren Roland auf dem Rathausplatz rot überfärbt und ihm noch zum Ueberflus ein rotes Fähnchen in den Arm gezwängt. Es war eine Revolution um der Revolution willen, das sahen wir immer mehr. Nicht verstehen konnte man ein Empfinden, dem das Wort revolutionär zum Ehrentitel geworden war, wie die Namen der neuen Parteien bewiesen. Es wurde buchstäblich das unterste zu oberst gelehrt, alle dunklen Elemente walteten frei. Expreser gingen in der Stadt umher, hielten Damen an, die deutsch gesprochen hatten, und ließen sie dafür zahlen, daß sie nicht auf die Polizei führten. Als Offiziere verkleidet, kamen sie zu den Hauswirten, gaben vor, den Befehl zu haben, auf dem Dache gerade dieses Hauses Maschinengewehre aufzustellen und ließen dann durchblicken, daß sie gegen eine Zahlung bereit wären, ein anderes Haus zu wählen. Aber solche Fälle

hatten wir schon früher gehabt, jetzt kam es schon vor, daß solches Gesindel als Soldaten verkleidet Hausdurchsuchungen machte und dabei raubte, was ihm nur paßte. Dem Militär war in dieser Zeit ja alles zugutrauen, so kam man gar nicht darauf, daß es eine Verkleidung sein könnte. Von den Fronten hörten wir um diese Zeit die abenteuerlichsten Berichte von der Verbrüderung in den Schützengraben. Es sah nach einem Separatfrieden aus. Da kam Kerenffis Besuch. Das Volk bereitete ihm einen wild-begeisterten Empfang. An den Fronten und auf unserer Esplanade hielt er zündende Reden. Und wenn auch hinter den Kurruauern die Maximalisten gestanden hatten und mit verhaltener Stimme gedroht hatten: „Untersteht euch vorzugehen, und wir schießen euch nieder“, es war doch ein Umschwung in der Stimmung. Nur nicht bei den lettischen Schützenregimentern, diese traten offen auf die Seite der Maximalisten.

Von unseren lettischen Leuten erfahrene wir, daß sie sich untereinander das Wort gegeben hätten, nicht zu kämpfen. Mit diesem Verhalten der lettischen Mannschaften waren aber weite Kreise des lettischen Volkes nicht einverstanden. Schon als nach der Eroberung Kurlands durch die Bemühungen des lettischen Abgeordneten in der Duma, Goldmann, die lettischen Bataillone ins Leben gerufen wurden, erhoben sich Stimmen aus dem lettischen Volk dagegen. Als die Russen, dann mit Vorliebe diese lettischen Regimentern vorsahen und sie große Verluste hatten, hörten wir, daß Goldmann von einigen Seiten als Mörder des lettischen Volkes bezeichnet wurde. Jetzt protestierten die Zeitungen offen gegen die Stellungnahme der Schützen und es bahnte sich eine Spaltung des lettischen Volkes an. Es hatte immer unter ihnen besonnene Elemente gegeben, solche, die es einfahen, wie weit die Deutschen ihnen in der Kultur voraus sind. Es wurde damals ein Ausspruch von solch einem Letten erzählt: „Was uns fehlt, sind 13 Generationen Kultur, das trennt uns von den Deutschen“. Nicht selten traf man besonders bei den Gebildeten auf die Ansicht, daß, da das lettische Volk zu klein sei, um sich selbstständig zu behaupten, es weit besser wäre, unter deutsche geordnete Verhältnisse zu kommen, als länger in der russischen Unordnung zu bleiben. Die lettischen Schützenbataillone hatten sich durch ihre trasse nationale und maximalistische Stellungnahme bei dem russischen Militär verhasst gemacht. Es soll an der Front zu gefährlichen Ausbrüchen geführt haben und endlich kam es in Riga in den Vorstädten zu bewaffneten Zusammenstößen. Es gab viele Tote und Verwundete. Den Anlaß hatten die städtischen Wahlen abgegeben. Diese

Neuwahlen von Stadtverordneten, zu denen es endlich doch gekommen war, verzehten lange Zeit Riga in fieberhafte Tätigkeit. Die Deutschen hatten beschlossen, sich an den Wahlen zu beteiligen, wenn auch wenig Aussicht auf Erfolg für die deutsche Kandidatenliste war, besonders da die ganze Masse des in Riga stationierten Militärs auch stimmberichtig war. Dann hatten wir auch Frauenstimmrecht und kamen uns sehr seltsam fort-schrittlich vor. Die ältesten Damen stellten sich am Wahltag ein, denn uns war jede Stimme wichtig. Es war ein deutscher Wahlverband gegründet worden; auf eine politische Partei verzichteten die Gebildeten, denn es wäre ohne das Wort demokratisch nicht zu machen gewesen. Es war uns schon so sehr unlieb, und ein Zeichen der Zeit, daß uns zu denken gab, daß die niederen deutschen Kreise zu einer Partei zusammengeschlossen hatten, die den Namen „Deutsche Demokratische Partei“ angenommen hatte. Die soziale Welle, die von Rußland aus durch ganz Europa ging, wurde uns dadurch recht bewußt. Viele Kreise gingen an, sich mit dem Sozialismus näher auseinanderzusetzen. Die Forderungen, die aus allen Berufsgruppen laut wurden, hatten doch zum Teil den elementaren Charakter von lang zurückgedämmten Bedürfnissen an sich, und so führten sie uns an die Fragestellung heran: „Was die Sozialdemokraten wollen, und was die Christen sollen.“

Noch klebten die Wahlausfrage der verschiedenen feindschaftlichen Parteien an allen Zaunpfählen, da griff die Geschichte mit gewaltiger Hand in das Werk. Ein Wechsel war es, so fäh und wunderbar, so unwahrscheinlich in seiner Größe, daß er die Seelen gang aus dem Gleichgewicht riß. Wie ein Schrei mußte es sich da aus uns lösen:

„Nun, Gräber, öffnet euch,
Uralte Zeit wird wieder neu,
Und Vergangenheit wird Gegenwart!“
(Simplizissimus.)

Nun sind schon Wochen über diese größten Tage hingegangen und die Gedanken, die zu Riga zurückkehren, weilen in ruhigem Glück auf dem Bilde der Stadt. Wie dankbar empfinden wir, daß ihr uns erhalten seid, ihr alten Gebäude und ihr Rindstärme vor allem! Wer euch im Traume zusammenschürzen sah in dieser bösen Zeit, der vergißt nicht die zitternde Erregung, die ihn noch beim Erwachen nicht verließ. Ihr seht und ruft in dieneue Zeit: Vergesst nicht, was Rot euch lehrte, seid froher Zuversicht, steigt eurer Hoffnung entgegen.
M. v. G.

die dem Ablenkungsbedürfnis, das sich besonders bei der Jugend geltend macht, Rechnung trug. Das zwanglose Beisammensein der männlichen Jugend am Abend gestaltete sich gleichfalls recht anregend, da es durch Spiele und andere Unterhaltungen ausgefüllt wurde.

Die jungen Mädchen unterhielten sich unter Leitung der Schwester Schlegel bei Gesang und anderen Darbietungen im Freistundenheim. Im Mittelpunkt stand der Vortrag seiner Leiterin, „Von der deutschen Bahnhofsmission“, der das Interesse der Zuhörerinnen wachrief.

Die Uebertragung des Jugendheims nach der Krutka (Kurze) Straße Nr. 9 ist nunmehr erfolgt. In den neuen Räumlichkeiten, die von jetzt ab das Heim unserer deutschen Jugend bilden werden, findet heute nachmittag, pünktlich um 3 Uhr eine kleine Eröffnungsfeier statt, zu der die Mitglieder beider Gruppen herzlich eingeladen sind. Dank einem guten Fensterverluß können in dem neuen Jugendheim auch am Tage Lichtbilder gezeigt werden. Durch Ausföhrung dieses günstigen Umstandes steht im Mittelpunkt der Eröffnungsfeier ein Lichtbildervortrag des Herrn Weigt über „Englands Zwangsarbeit“. Außerdem sind musikalische Vorführungen und ähnliches vorgesehen. Die Feier ist nur für Mitglieder gedacht, die sich durch Vorzeigung der Mitgliedskarte für 1917 als solche ausweisen können. — Am Abend versammeln sich beide Gruppen getrennt zu zwanglosem Beisammensein; junge Mädchen im neuen Jugendheim, junge Männer im Lehrerseminar.

Sonabend, den 24. November, findet für junge Männer des Vereins im neuen Jugendheim ein Ausspracheabend über „Die materialistische Weltanschauung“ statt. Auch eingeföhrte Gäste sind willkommen. Leitung Herr Weigt. Anfang um 8 Uhr abends. — Der Ausspracheabend für junge Mädchen fällt an diesem Tage aus.

Sonntag, den 25. November, versammeln sich die Mitglieder und jugendliche Gäste um 3 Uhr nachmittags in getrennten Zusammenkünften. Für die jungen Mädchen ist ein Unterhaltungsnachmittag im Freistundenheim, Kurzstraße 6, vorgesehen, die jungen Männer versammeln sich zu dem angegebenen Zeit im neuen Jugendheim zu einem Vortrag über Ed. v. Gebhardt, dem Altmeister der christlichen Kunst. — Am Abend zwangloses Beisammensein aller Mitglieder im Jugendheim.

Politische Wochenschau.

Dem russischen Reiche ist von allen kriegsföhrnden Staaten der schwerste Leidensweg beschieden. Durch den Ausbruch der Revolution sind in Rußland Nöte heraufbeschworen worden, die dem Reichenreiche völlige Zerföhrung drohen. Die Kämpfe und Streitigkeiten der um das Vorrrecht ringenden Parteien lösen alle Kräfte auf, deren geschlossene Zusammenwirkung für den Bestand eines Staates unerlößlich ist. Die Wirkung dieser Ursache blieb denn auch nicht aus: der Geist des Aufruhrs griff auch auf die russische Front über und so erlebten wir die Tragödie des Zusammenbruchs der russischen Heeresmassen. Den Führern der revolutionären Massen des von der Zarenherrschaft freigewordenen Reiches wäre es möglich gewesen, ihrem schwerbedrängten Vaterlande den Frieden zu schenken, wären sie nicht ein Werkzeug der Entente gewesen, die einer solchen Absicht nach Möglichkeit entgegenarbeitete. Das Verlangen aller russischen Volksteile nach geordneten Zuständen und vor allem nach Nahrungsmitteln und sonstigem Wirtschaftsbedarf stieg von Tag zu Tag und damit mehrte sich auch die Unzufriedenheit des Volkes mit seiner bisherigen Regierung. Diese

Gegenströmung gipfelte vor allem in der Partei der sogenannten Bolschewiki, an dessen Spitze der Arbeiterführer Lenin mit anderen Genossen stand, und deren Einfluß so anstieg, daß sie sich nunmehr der Regierung in Petersburg bemächtigen konnten. Der Umsturz wurde dadurch eingeleitet, daß die Bolschewiki oder Maximalkisten, wie sie auch genannt werden, alle öffentlichen Anstalten Petersburgs, wie das Telegrafamt, die Banken, das Bahnhofsgebäude usw. besetzten. Die Truppen der Petersburger Garnison schlossen sich ihnen an. Die Minister wurden gefangen gesetzt, Kerenski gelang es zu entfliehen. In kurzer Zeit befand sich die gesamte Regierungsgewalt Petersburgs in der Hand des Arbeiter- und Soldatenrates, dessen militärischer Ausschuß Lußtruz an die Bürger Rußlands ernannte. Darin heißt es, daß die vorläufige Regierung gestürzt sei, und daß die gesamte Macht an den A. und S. R. übergegangen sei. In einer Versammlung der nunmehrigen Regierung hielt Lenin unter stürmlichem Beifall eine Rede, in der er von den Aufgaben sprach, welche die russische Demokratie jetzt erwarten. Als solche bezeichnete er die sofortige Beendigung des Krieges, zu welchem Zweck die neue Regierung den Kriegsföhrnden einen Waffenstillstand vorschlagen müsse, die Uebergabe des Landes an die Bauern und die Lösung der Wirtschaftskrisis. Ein auf diese Aufgaben sich beziehender Aufruf erging von seiten des Arbeiter- und Soldatenrates an die Arbeiter, Soldaten und Bauern des russischen Reiches, der mit den Worten schloß: „Soldaten! Seht tatkräftigen Widerstand Kerenski, diesem Parteigänger Kornilows, entgegen! Eisenbahner! Haltet die Streitkräfte an, die Kerenski gegen Petersburg schickt.“ Die neuen Ereignisse wirkten auch sofort auf die russische Front zurück, denn nach erhaltenen Nachrichten fanden zahlreiche Desertionen nach dem Innern des Reiches statt. In Verfolg seines angekündigten Programms ernannte der Arbeiter- und Soldatenrat an alle Kriegsföhrnden einen Friedensvorschlag, der die sofortige Einleitung von Verhandlungen zur Erlangung eines Friedens ohne Annexionen vorschlößt. Zu diesem Behuf findet der A. und S. R. einen Waffenstillstand von 3 Monaten für notwendig, in welcher Zeit alle Verhandlungen zu einem guten Ende gebracht sein dürften. Welchen Empfang dieser Schritt der neuen Revolutionsregierung bei der Entente finden würde, war vorläufig ungewiß. Der Vorschlag ist in seinen Grundzügen den Zielen der Entente ganz und gar entgegengesetzt und diese beilte sich auch sofort, die Beschidung der vorgeschlagenen Friedenskonferenz glattweg abzulehnen. Die Mittelmächte haben ihre Stellung zu der Friedensfrage seit langem offen und klar dargelegt, so daß kein Zweifel besteht, daß sie alle diesbezüglichen Vorschläge einer ernsten Prüfung zugänglich machen werden. Im vorliegenden Falle besteht die Frage, ob die jetzige russische Regierung genügend Macht besitzt, um ein ganges Volk zu vertreten. Wenn die maximalistische Regierung wieder zu Stürze kommt, so würden ihre Nachfolger wohl kaum Verbindlichkeiten ihrer Vorgänger anzuerkennen geneigt sein.

Vorderhand mehren für die Bolschewiki sich die Schwierigkeiten zusehends. Keiner der Verbündeten erkennt deren Regierungsmacht an. Auch die russischen Geschäftsträger in Amerika lehnen ihre Anerkennung ab. Lenin ist aber offenbar entschlossen, festen Stand zu behalten. Seine nächsten Männer sind: Trotski, als Minister des Außen, und Borschowski als Kriegsminister, woföhr letzterer aus der Gefangenschaft der ehemaligen Regierung entflohen ist. Zwischen den beiden Gruppen Lenin-Kerenski steht nun ein erbitterter Kampf um die Oberhand, der an die Tage von Kornilows Vorgehen erinnert. Kerenski erhofft an die gesamte russische Militärmacht einen Be-

fehl, den er als Präsident der Republik unterzeichnete und in dem er diese auffordert, Lenin und seinen Anhängern Widerstand zu bieten. Er selbst zog mit treugebliebenen Truppen gegen Petersburg und nach den uns zugegangenen Meldungen entwickelten sich in der Nähe der Stadt zwischen den Anhängern der beiden Gruppen erbitterte Kämpfe.

Die Entente sieht den neuen Ereignissen in Rußland begreiflicherweise mit großem Unbehagen zu und hält für seine Urheber nur Schwärzworte bereit. Ihre Aufmerksamkeit ist jetzt in erster Linie bei Italien; hier sucht sie für den zusammenstürzenden Bundesgenossen krampfhaft nach einer Rettungsmöglichkeit. Wir erfahren, daß 50 000 Mann französischer Truppen an die italienische Front geschickt wurden. Ob diese die Lage retten werden? Die Alliierten dürften selbst nicht sehr davon überzeugt sein. Sie ergreifen es jedenfalls für notwendig, sich in Anbetracht des mißlichen Zustandes ihrer Sache wieder einmal gegenseitig die eindringliche Mahnung nach Einigkeit zuzusprechen, und hierzu soll ein Kriegsrat der Alliierten dienen, der demnächst in Paris zusammentritt.

Der Siegeszug der Mittelmächte in der italienischen Tiefebene geht inzwischen mit dem Erfolg der ersten Tage weiter. Selbst der englische Ministerpräsident Lloyd George gab gelegentlich einer Rede zu, daß die britischen Fortschritte der Engländer, die sie ab und zu im Westen erreichen, vor den Massentaten der Verbündeten in Italien nur von verschwindender Bedeutung seien. Unausföhrlich drängen die Deutschen und Österreicher vor, schon ist fast die ganze Kampflinie auf italienisches Gebiet übertragen.

Die Italiener zogen sich über den Livorno-Stützpunkt zurück, und während sie an der unteren Giade eine unbedeutende Fluchtstellung noch zu halten vermögen, nehmen die Verbündeten im Gebirge immer eine feindliche Stellung nach der anderen in ihren Besitz. Nördlich von Belluno streckten 10 000 Italiener die Waffen, da ihnen dort der Weg abgegeschnitten war. Zahlreiche italienische Panzerwerke nahmen die Verbündeten stürmender Hand und besetzten weitere wichtige Städte und Ortschaften, unter anderen die bedeutendsten: Udine, Belluno und Longara. Die Größe der neuen Beute an Geschützen und Kriegsmaterial läßt sich noch nicht endgültig feststellen. Wohl bemühte sich die Entente, den Umfang der deutsch-österreichischen Siege zu verkleinern, aber der Umstand zeugt gegen sie, daß der bisherige Oberbefehlshaber der italienischen Streitkräfte, Cadorna, seinen Abschied erhalten hat.

Auch im Westen erleben die Engländer immer wieder Mißerfolge. Im ständigen Trichterfeld zwischen Poelcapelle und Passchendaele fanden anfangs der verfloßenen Woche fünf große Angriffe statt. Vorübergehend gelang es ihnen, an einigen Stellen vorzudringen, doch warf sie bald deutsches Beschießungsfeuer unter ungeheuren Verlusten zurück. Auch auf dem übrigen Teile der Westfront bewährte sich nach wie vor der zähe Kampfesmut der deutschen Truppen. Im Chaumewald führten sie einen glänzenden Vorstoß durch, der ihnen zahlreiche französische Gefangene einbrachte. Die deutsche Luftflotte behauptet gleichfalls ihre Ueberlegenheit über die feindliche. Nach dem deutschen Generalstabsbericht verloren die Gegner im Oktober 9 Fesselballone und 244 Flugzeuge, denen ein deutscher Verlust von nur 67 Flugzeugen und einem Fesselballon gegenübersteht.

Verantwortlicher Herausgeber und Schriftleiter: Adolf Eichler, Ldz. Druck: Deutsche Staatsdruckerei.

Deutscher Gymnasial- und Realschul-Verein.
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
Donnerstag, den 22. November, 4 Uhr 30 Minuten nachmittags, in der Aula des Deutschen Realgymnasiums.
Tagesordnung:
1) Bericht des Direktors,
2) Bilanz,
3) Bericht der Revisionskommission,
4) Verteilung der neuen Satzungen,
5) Wahl eines 12gliedrigen Vorstandes,
6) Wahl einer 6gliedrigen Revisionskommission,
7) Diversa.
NB. Als Ausweis zur Teilnahme und Stimmberechtigung ist die Quittung über den im Jahre 1914 gezahlten Mitgliedsbeitrag vorzuweisen. Beitrittserklärungen und Mitgliedsbeiträge für das Jahr 1917/18 werden täglich in der Kanzlei des Gymnasiums von 11 bis 1 Uhr entgegen genommen. Der Vizepräsident.

Durch die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins Ldz., Evangelische Straße 5, sind zu beziehen:
Reformations-Jubiläumsgabe des „Deutschen Vereins“. Preis 1 M.
Inhalt: Gouvernementspfarrer H. Paul Althaus: Warum haben wir Luther lieb? — Pastor Julius Dietrich: Was verdanken wir unserer lutherischen Kirche? — Pastor Philipp Meyer: Eine Gemeindeordnung nach Luthers Sinn. — Pastor Alexander Bierckens: Die Einrichtung von Konfirmandenheimen zum Gedächtnis des Reformationsfestes. — Adolf Eichler: Die Anfänge der Reformation in Polen. — Pastor August Gerhardt: Bilder aus der Reformationsgeschichte Polens. — Pastor Paul Wunderling Georg Israel. — Reinhold Piel: Das deutsche Volk, Luther und wir. Gedicht. — Margarete Grüner. Das Kirchlein zu Wengrow. Gesichtliche Erzählung.
Jahrbuch 1917 des Deutschen Vereins, 100 Seiten stark, Preis 50 Pfg.
Gouvernementspfarrer S. Willigmann: 52 feldgraue Wochenandachten. Preis 1 M.
Gouvernementspfarrer H. Althaus: Um Glauben und Vaterland. Neues Ldz. Kriegsbüchlein. Preis 1.20 M.
Ldz. Kriegsbüchlein. Preis 1 M.
Aus der Heimat. Ldz. Kriegspredigten. Preis 1 M.
Hans Breuß (Prof. d. Theol. in Erlangen): „Unser Luther“. Preis 80 Pfg.
Dr. Hans Schnapperelle, Ldz.: Luther, Ulrich von Hutten und Hans Sachs. Ihre Bedeutung für die deutsche Literatur. Preis 50 Pfg.

Einkaufs- und Verbraucherverein „Deutsche Selbsthilfe“.
Wirtschaftsabteilung des „Deutschen Vereins“, Hauptsz. in Ldz.
Am Montag, den 19. November d. J., 7 Uhr abends, wird im großen Saale des Männer-Gesangsvereins, Petrikauer Straße Nr. 243, die
Hauptversammlung
stattfinden.
Die Tagesordnung lautet:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Verteilung des erzielten Gewinnes.
3. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
4. Neuwahl von Vorstandes- und Aufsichtsratsmitgliedern anstelle der ausgeschiedenen.
5. Aenderung der Satzungen. (§§ 2, 17, 21).
6. Anträge von Mitgliedern.
Die Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen gebeten. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Die Versammlung findet im zweiten Termin statt und ist, ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen, beschlußfähig.
Etwasige Anträge von Mitgliedern sind drei Tage vor der Hauptversammlung bei dem Vorstehenden des Aufsichtsrats abzugeben.
7619
Der Aufsichtsrat.

Wichtig für Landwirte!
Sehr lachnende Herstellung von
Sandzementbackziegeln, Sandzementhohlblöden, Sandzementrohren u. s. w.
mit billigen und jedermann zugänglichen Formen und Maschinen für Handbetrieb der Firma
Gebrüder Hoffmann, Ldz., Bahn- (Ziemo)straße 78.
Besuch erbeten. Sämtliche Maschinen und Formen werden im Betrieb vorgeführt.
Zahnarzt Gottlieb Gutzmann, Ldz., Gienkiewitzstr. 88, 1. Etage.
Für Mitglieder des „Deutschen Vereins“ und der „Selbsthilfe“ bei künstlichen Zähnen 20% Ermäßigung. Sonderärztliche Behandlung.
ARNOLDIETEL Drogerie, Ldz., Petrikauer Straße 157, angeschlossen.
Apothekerverwandte, Chemikalien, Verbandstoffe, Gummivarren, Artikel zur Krankenpflege, Mineralwässer, Seifen und Parfüms.

Gegründet 1872 — 681 Auszeichnungen.
Ph. Mayfarth & Co., Frankfurt a. M.
Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte empfehlen:
Pflüge, Kultivatoren, Eggen, Säemaschinen, Walzen, Erntemaschinen, Göpelpwerke, Dreschmaschinen mit und ohne Reinigung für Hand-, Göpel- u. Motorbetrieb.
Motor-Dreschmähe, Futter-schneidmaschinen, Schrotmühlen, Quetschmühlen, Rübenschnneider sowie alle anderen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte.
In beziehen durch die **Landwirtschaftliche Bezugs- u. Absatz-Gesellschaft des Deutschen Vereins für Ldz. und Umgegend in Ldz.; Katorfstraße 30.**
Jahresproduktion 35 000 Maschinen. — 1500 Beschäftigte.